

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Tibet Initiative Deutschland e.V.
Regionalgruppe Hamburg**

Kulturhaus Eppendorf
Martinstraße 40
20251 Hamburg

Tel.: 040/479347
Fax: 040/473119

E-Mail: TIDHH@t-online.de
Web: www.tibet-hamburg.de

Deutsch-Chinesische Rechtsstaatssymposium

am 20. Juni 2005 in Hamburg

Am Montag, den 20. Juni 2005 findet das Deutsch-Chinesische Rechtsstaatssymposium in Hamburg statt. Die Regionalgruppe Hamburg der Tibet Initiative Deutschland e.V. begrüßt die Rechtsstaatsinitiative, zusammen mit chinesischen Partnern einen Dialog über beide Länder interessierende Themen im Rechtswesen zu führen, Projekte zu initiieren und weiter zu entwickeln. Da es ihr Ziel ist „durch das bessere Verständnis der jeweiligen Traditionen und Kultur einen gemeinsamen Beitrag zur Durchsetzung von rechtsstaalichem Denken und Handeln zu leisten, das eine Respektierung der Menschenrechte einschließt, ...“ möchten wir zu bedenken geben, daß wir gegenüber einer Umsetzung der angestrebten Ziele in der Volksrepublik China z. Zt. sehr skeptisch sind. Es ist bekannt, daß die chinesische Regierung demokratische Strukturen nicht als sinnvoll erachtet, die Menschenrechte als Produkt westlichen Denkens ansieht, mit Hilfe der Internetpolizei demokratische Äußerungen unterdrückt und Minderheiten wie die Uiguren, Tibeter, Falun-Gong-Anhänger, romtreue Katholiken repressiv behandelt. Die im Weltmaßstab extrem hohe Rate der Todesstrafe, die hohe Anzahl der Arbeitslager (*laogai*), die Unterdrückung der Selbstbestimmung fordernden Tibeter und Uiguren, die nationalistische Machtpolitik gegenüber einem demokratischen Taiwan, sind genug beredte Beispiele von Machtbesessenheit der Kommunistischen Partei Chinas.

Wir sind skeptisch, daß die Regierung der Volksrepublik China von ihrer unkontrollierten Macht Gewalt auszuüben, Abschied nimmt, konkurrierende Parteien, bürgerliche und politische Freiheiten zulassen kann und ein derzeitiges Scheinparlament zugunsten eines demokratisch legitimierten Parlaments auflöst. Die Konvention über Bürgerliche und Politische Rechte wurde zwar am 5. Oktober 1998 unterschrieben, aber noch nicht ratifiziert. Eine Ratifizierung ist in China aber auch keine Gewähr, daß die Vertragstexte umgesetzt werden. Die relevanten internationalen Menschenrechtsverträge, die ratifiziert sind, werden regelmäßig auf das gröbste verletzt. Die jüngste Kampagne gegen Dissidenten und Intellektuelle zeigt wieder einmal mehr als deutlich, daß in China Verfassung und Wirklichkeit auseinanderklaffen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Über die Gefangennahme von Gedhun Choekyie Nyima, den jugendlichen XI. Panchen Lama, sind wir in der Tibet Initiative Deutschland zutiefst betroffen. Den vom Dalai Lama bestätigten Panchen Lama hat noch keine internationale Delegation zu Gesicht bekommen. Er und seine Familie werden an einem unbekanntem Ort in China versteckt gehalten. Obwohl die Gesetzgebung Religionsfreiheit garantiert, setzte die chinesische Regierung einen eigenen jugendlichen Panchen Lama ein, der allerdings von den Tibetern nur gezwungenermaßen zur Kenntnis genommen wird.

Der Deutsch-Chinesische Rechtsstaatsdialog hat nach unserer Auffassung in kreativer Weise eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Ihm steht in den Gesprächen der deutschen mit der chinesischen Seite eine bedeutsame Schlüsselrolle zu. Als zivilgesellschaftliche Organisation würden wir uns freuen, wenn in den Ergebnissen die Menschenrechte gebührend Beachtung finden. Im Zentrum des diesjährigen Symposiums steht die „Offenlegung von Regierungs- und Verwaltungsinformationen“. Aus unserer Sicht wäre es wichtig, Information und Mitwirkung der tibetischen Bevölkerung bei Infrastrukturmaßnahmen anzusprechen. Ein Beispiel könnte der Bau der Eisenbahnlinie sein, die künftig China mit Tibet (Golmud - Lhasa) verbindet, desgleichen Staudamm- und Umsiedlungsprojekte, sowie auch die Umsetzung gesetzlicher Bestimmungen in konkrete Verwaltungsakte vor Ort.

Kontakt:

Helmut Steckel
Tibet Initiative Deutschland e.V. Hamburg
Tel.: 040 / 47 93 47